

schöpfend und anschaulich erzählt zu haben, ist das grosse Verdienst des Schmidtschen Buches, das allerdings nach meinem Geschmack bei etwas weniger aufdringlicher Apologetik noch stärker zu Gunsten seiner Helden wirken würde. Eben diese wechsellvollen Schicksale und dieses unstäte Wandern brachten es aber auch mit sich, dass feste Einrichtungen nur in geringem Mafse ausgebildet wurden, und dass die Ueberlieferung davon noch schlechter ausfiel; die geschlossene, tausendschaftsweise erfolgte Besiedelung der afrikanischen Prokonsularprovinz und das eine Art Seniorat begründende Hausgesetz Geisereichs bilden die hauptsächlichsten rechtsgeschichtlichen Merkwürdigkeiten der Wandalen. Schmidt hat alles, was sich über Verfassung und Recht des Volkes zusammentragen lässt, sorgfältig gesammelt und mit gesunder Kritik, für die ältere Zeit gegenüber den abenteuerlichen Hypothesen Delbrücks und den romanisirenden Ansichten Mommsens, für die spätere gegenüber Dahn, Goerres und Halban verwerthet. Auch der Rechtshistoriker, der mit der Völkerwanderung sich beschäftigt, wird sein Buch mit Nutzen zu Rathe ziehen.

Ulrich Stutz.

Dr. Friedrich Emil Welti, Das Stadtrecht von Bern I (1218—1539). Aarau 1902. H. R. Sauerländer & Cie. (Sammlung Schweizerischer Rechtsquellen. 2. Abtheilung, Die Rechtsquellen des Kantons Bern. Erster Theil, Stadtrechte. Erster Band) LXXXII u. 428 S. gr. 8°.

Dr. E. Demuth, Die wechselseitigen Verfügungen von Todeswegen nach alamannisch-zürcherischem Recht in ihrer geschichtlichen Entwicklung bis zur Gegenwart nach den Quellen dargestellt (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, herausgegeben von O. Gierke. H. 65). Breslau, Marcus 1901. X u. 140 S. 8°.

Die Sammlung der Schweizerischen Rechtsquellen ist rüstig fortschreitend bei einem der wichtigsten Rechte angelangt, bei dem Zähringischen Stadtrecht von Bern. Der erste Band bringt die drei Hauptquellen des älteren Berner Stadtrechts, die schon wiederholt herausgegebene Berner Handveste, das bisher noch nicht edirte, höchst wichtige Berner Satzungenbuch und die schon von Schnell (Ztschr. f. Schweiz. Recht XX. 1878 S. 83 [3] ff.) veröffentlichte Stadtsatzung von 1539. Die Ausgabe ist von Welti in derselben sorgfältigen Weise besorgt, die wir schon (diese Ztschr. XXI 1900 S. 337) bei seiner Ausgabe des Rechtes der Stadt Baden i. A. schätzen lernten. Ein ausführliches, Personen, Orte, Sachen und Wörter betreffendes Register ist schon diesem ersten Bande beigegeben, zu dem Bd. 2 das anderweitig in Urkunden, Rathsmannualen u. s. w. zerstreute Quellenmaterial bis 1539

nachtragen soll. Von einer Einleitung in die Geschichte der Berner Rechtsquellen wurde mit Rücksicht auf Schnell und Stürler „Uebersicht der älteren Rechtsquellen des Kantons Bern“ 1871 und Eugen Huber „Die Satzungsbücher der Stadt Bern“, Ztschr. des Bernischen Juristenvereins X S. 97 ff. abgesehen. Nur eine Untersuchung über die nach früherer Anfechtung zuletzt wieder von Hidber „Diplomatisch-kritische Untersuchung der Berner Handveste“ und Zeerleder „Die Berner Handveste“ (beide 1891 in der Festschrift zur 7. Säcularfeier der Gründung Berns erschienen) behauptete Echtheit der Handveste wird von Welti vorausgeschickt. Er entscheidet sich darin z. Th. im Anschluss an bisher ungedruckte, von ihm nunmehr mitgetheilte Ausführungen Stürlers und an v. Wattenwyl für die Annahme einer Fälschung, für die u. A. auch die gewichtige Stimme Paul Schweizers längst sich ausgesprochen hatte (Habsburgische Stadtrechte und Städtepolitik in den Festgaben für Büdinger 1898: „die allen Rettungsversuchen spottende Unechtheit der Berner Handveste“), durchaus mit Recht und hierin völlig überzeugend. Dagegen schiesst seine scharfe Kritik weit über das Ziel, indem sie leugnet, dass der Inhalt ganz oder doch zum grössten Theil vor der Fälschung bereits in Bern gegolten habe. „Zum Mittel der Fälschung brauchte Bern nicht zu greifen, wenn es bloss sein gutes Recht von König Rudolf bestätigt haben wollte.“ Als ob nicht im Mittelalter gerade zur Vorbereitung von Bestätigungen Fälschungen zum Zweck der Beschaffung formeller Titel für bereits bestehendes Recht gang und gäbe gewesen wären! Es ist möglich, dass mit oder bei Gelegenheit der Fälschung auch noch nicht geltendes Recht mit eingeschmuggelt werden sollte. Ich muss das dahingestellt sein lassen, weil erst im Zusammenhang mit der von der Badischen Historischen Kommission zu veranstaltenden Ausgabe des Stadtrechts von Freiburg i. Br. in jeder Beziehung die überhaupt erreichbare Klarheit sich wird schaffen lassen. Das aber kann jetzt schon gesagt werden: die durch die vorgefasste Meinung, die Fälschung müsse durchaus zum Zweck gewisser neuer Errungenschaften erfolgt sein, veranlasste Fragestellung: was für Rechte wollte man sich aneignen? und die Alternative: die Rechte von Freiburg i. Br. oder die von der Handveste als Gnaden Friedrichs II. bezeichneten? sind unzulässig. Welti beantwortet diese seine Irrfrage damit, dass das in der Handveste enthaltene Freiburger Recht die Fälschung nicht veranlasst haben könne, da dieses, obschon eine Handveste Herzog Berchtolds sich nicht nachweisen lasse und wohl auch nie existirt habe, doch von seinem Gründer mit einem Recht, also jedenfalls dem Zähringischen Freiburgs, bewidmet worden sei. Mithin seien es die als Gnaden Friedrichs II. aufgeführten Begünstigungen, um deretwillen man zur Fälschung gegriffen habe, nämlich die Reichsunmittelbarkeit der Stadt, die Befreiung von Steuern und Diensten, die Lebensfähigkeit der Bürger, die Münze und die Messen, die Befreiung der Kaufleute vom Budengeld, die Nutzung der Allmende, des Forstes und des Bremgartens, die Wahl der Stadtbeamten, die Zusicherung wegen des

Reichsschlosses, der freie Kauf und Verkauf. In der That glaubt Welti nachweisen zu können, dass es sich dabei in den meisten Punkten um mehr oder weniger kühne Forderungen gehandelt habe, die erst Recht werden sollten. Ich bin wenigstens für die wichtige Bestimmung über die Wahl der städtischen Beamten im Stande, auch ohne neue Untersuchung die Unhaltbarkeit von Weltis Beweisführung darzuthun. Zunächst bezüglich des sacerdos. Das braucht kein Pfarrer zu sein; im Gegentheil: von sacerdos, gelegentlich wohl auch bestimmter von plebanus ist mit Vorliebe gerade da die Rede, wo ein Anderer event. sogar nicht einmal an derselben, sondern an der übergeordneten Pfarrkirche als rector ecclesiae erscheint. Für die Entscheidung der Frage, ob Art. 7 schon vor der Fälschung in Geltung gestanden habe, ist es somit gleichgültig, ob die Berner Kirche Parochialrechte gehabt habe oder nicht, eine Frage, bei deren Behandlung Welti übrigens ausser Acht lässt, dass Parochialrechte im Mittelalter auch widerrechtlich in Anspruch genommen und doch siegreich behauptet worden sind. Das ebenfalls Zähringische Neuenburg a. Rh. liefert ein Beispiel solch eigenmächtiger Okkupation von Pfarrrecht und Pfarrwahl trotz Widerstands des Berechtigten und päpstlicher Entscheidung (Schreiber, Geschichte von Freiburg i. Br. I, 1857 S. 97 mit N. 2 und S. 98, A. Schulte, Ztschr. f. Gesch. d. Oberrh. XL 1886 S. 98 N. 2). Ja es ist nicht unmöglich, dass selbst die Stadtpfarrei von Freiburg i. Br., über deren Ursprung wir gar nichts wissen (Stutz, Das Münster zu Freiburg 1901 S. 4), eigenmächtig ins Leben gerufen und hinterher kirchlicherseits tolerirt worden; wenigstens ist sie von Anfang an ganz auffällig auf das Stadtgebiet zugeschnitten gewesen. Es haben eben Stadtrecht und Kirchenrecht oft genug auf gespanntem Fuss gestanden, zumal wo jenes durch einen mächtigen Eigenkirchenherrn gedeckt wurde. Und wer sagt denn Welti, dass die Berner ohne das Patronatrecht die Priesterwahl nicht haben konnten? Ein blosses, mit dem Patronatrecht eines Andern prinzipiell durchaus nicht unverträgliches Nominations- oder Subpräsentationsrecht genügte vollkommen. Etwas Anderes haben auch die Bürger von Freiburg i. Br. von der Herrschaft nicht zugestanden erhalten; sein Eigenkirchen- und später sein Patronatrecht hat weder der Zähringische noch der gräfl. Freiburger Stadtherr aus der Hand gegeben (Stutz a. a. O. S. 6f., S. 9). Also konnte das Reich, konnten die Augustiner, konnten die Deutschherren ganz wohl den Patronat haben und die Berner doch ihren sacerdos wählen; auch die langjährige Ausübung des Wahlrechtes zu Gunsten von Mitgliedern des patronatberechtigten Ordens ist wohl denkbar. Ebenso wenig schlüssig sind Weltis Ausführungen gegen die Schultheissenwahl. Weshalb soll die Bürgerschaft in einer Stadt, in der es Ministerialen gab, nicht solche, event. auch aus der Umgebung oder trotz gewisser Meinungsverschiedenheit gewählt, und weshalb soll der Stadtherr einen gewählten, aber doch eben in seinem Dienst amtierenden Schultheissen nicht als scultetus noster bezeichnet haben? Aber noch mehr. Es

lässt sich kühn behaupten, dass, wenn Priester- und Schultheissenwahl nicht altbernisches Recht gewesen wären, ihre Inanspruchnahme im Jahre 1273 nicht denkbar sein würde. Paul Schweizer hat in seiner bereits angeführten, schönen Untersuchung dargethan, dass Rudolf von Habsburg, abgesehen vielleicht von einem Ausnahmefall aus seinen Anfängen, seinen Städten grundsätzlich die Pfarr- und Schultheissenwahl versagte. Und von mir ist (a. a. O. S. 8ff.) gezeigt worden, wie Pfarr- und Schultheissenwahlrecht selbst für die Freiburgische Mutterstadt 1248 verloren gingen. Ich meine nun, wäre die freie Beamtenwahl nicht schon vorher Berner Recht gewesen, hätte sie nicht zu dessen ursprünglichen oder älteren Bestandtheilen gehört, so wäre, nachdem die Habsburgische Städtepolitik in Oberdeutschland tonangebend geworden, und gegenüber dem Herrscher, der sie für sein Hausgebiet ins Leben gerufen, gar nicht daran zu denken gewesen, sie erst durchzusetzen. Auch so mochte es noch schwer genug halten, sie zu behaupten. Sollten etwa die Berner gerade deshalb sie als Fridericianische Verleihung ausgegeben haben, weil sie erwarteten, als blosses Zähringisches Stadtrecht werde sie Rudolf nicht achten, sollten überhaupt die als Gnaden Friedrichs II. bezeichneten Positionen solche gewesen sein, die zwar in Geltung, aber der Anerkennung Rudolfs nicht sicher, oder vielleicht z. Th. wirklich erst postulirt waren? Das ist eine Vermuthung, welche an diesem Ort nicht geprüft werden kann, aber gerade durch Weltis Untersuchung nahegelegt ist, von der überhaupt noch die eine oder andere Anregung ausgehen dürfte. Nur hätte ich sie, weil sie abschliessend weder ist noch sein kann, lieber anderswo als in der Ausgabe selbst niedergelegt gesehen.

Die Abhandlung von Demuth, die auch in der Form ihren Ursprung als Einleitung zu einer besonders veröffentlichten Dissertation über das geltende Zürcherische Recht der wechselseitigen Verfügungen nicht verleugnet, beruht wesentlich auf ungedrucktem Material des Zürcherischen Staatsarchivs. Sie unterscheidet 3 Entwicklungsstufen des Geschäfts. Auf der ersten wird das gegenseitige Leibgeding sofort nach der Bestellung, also unter Lebenden, für beide Theile wirksam. Auf der 2., die zu Ende des 13. Jahrhunderts mit den Zusätzen zum Zürcherischen Richtebrief anhebt, geht der Vertrag auf ein Recht von Todeswegen, doch so, dass jedem Bedachten das Gut des andern Theils verfangen ist. Bei Liegenschaften erfolgt die Bestellung durch gerichtliche Auflassung, bei Fahrhabe durch Formalvertrag vor dem Rath. Doch wurde von diesem oder seinem Ausschuss, den Testamentsherren, gegen Ende des 15. Jahrhunderts in der Stadt auch die Liegenschaftsvergebung vorgenommen; es wurden darüber Gemächtebriefe ausgestellt, und Abschrift oder Vermerk davon wurde in den Gemächtebüchern des Rathes genommen. Das letzte Gemächte stammt von 1675. Dann setzt die dritte Entwicklungsstufe ein. Während das einseitige Gemächte unter Wegfall der Verfangenschaft in ein widerrufliches Testament übergang, verwandelte sich das gegenseitige unter Umwandlung der Verfangenschaft in eine erbrechtliche Anwartschaft (wie beim

gesetzlichen Erbrecht) und trotz der Bezeichnung als gegenseitiges Testament in einen wechselseitigen Erbvertrag. Ein Gesetz von 1839 schrieb formlose Eingehung vor. Das in diesem Punkte noch heute unverändert geltende privatrechtliche Gesetzbuch von 1856 führte die Bezeichnung wechselseitigen Erbvertrag ein; für ihn wurde jetzt die in der Praxis der Zwischenzeit nicht aufgegebene Form wieder vorgeschrieben u. z. die Testamentsform. Hiemit schliesst die an urkundlichen Beispielen für die Geschichte der Gemächte und des Erbvertrags fast überreiche Untersuchung.

Ulrich Stutz.

Oberrheinische Stadtrechte, herausgegeben von der Badischen Historischen Kommission und von der Kommission zur Herausgabe elsässischer Geschichtsquellen. — Erste Abtheilung: Fränkische Rechte. 6. Heft. Ladenburg, Wiesloch, Zuzenhausen, Bretten, Gochsheim, Heidelberg, Zeutern, Boxberg, Eppingen, bearbeitet von Carl Koehne. Heidelberg, Winter 1902. 158 S. gr. 8°. — Dritte Abtheilung: Elsässische Rechte. I. Schlettstadter Stadtrechte, bearbeitet von Joseph Gény. Heidelberg, Winter 1902. 2 Bde. XXVIII u. 403, XIV u. 1172 S. gr. 8°.

Die ohne Unterbrechung regelmässig fortschreitende Ausgabe der badisch-fränkischen Rechte ist nunmehr bei den in der Ueberschrift genannten, ehemals kurpfälzischen Städten angelangt. Ihre Rechte, zum grössten Theil bisher unveröffentlicht, giebt im vorliegenden 6. Heft Koehne heraus. Es sind kleinere, in Form und Inhalt bisweilen stark den ländlichen sich annähernde Quellen. Aber sie besitzen dennoch nicht bloss lokalrechtsgeschichtlichen Werth. Vielmehr überliefern sie uns manch interessanten Einzelzug mitteldeutschen Städtewesens.

Mit einer ausnehmend stattlichen Publikation führt sich die unter der Leitung von W. Wiegand stehende elsässische Abtheilung ein. In 2 starken Bänden, die rasch auf einander folgten, hat der Schlettstadter Stadtarchivar Gény die reichen Stadtrechtsquellen von Schlettstadt herausgegeben. Ein erster Theil umfasst die königlichen und kaiserlichen Privilegien und die Verträge über Grund- und Hoheitsrechte, Schiedssprüche über solche u. s. w. Ein damit in Bd. I vereinigter zweiter Theil bringt die städtischen Satzungen u. z. vollständig, soweit sie in Statuten- und Rathsbüchern vereinigt sind, dagegen nur bis 1500 das in andern Stadtbüchern oder Dokumenten zerstreute oder vereinzelt überlieferte Material. Der sehr umfangreiche, den ganzen grossen zweiten Band füllende dritte Theil enthält die Eidesformeln und Amtsordnungen der städtischen Beamten, dann theils voll-